Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 268. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 14. November 1930. | 12. Jahrgang.

Was zagst du in des Kampfs Gedränge
Von Herzeleid und Furcht bewegt?
Der Sieg ist nicht bei großer Menge,
Nein, da, wo Gott die Fahne trägt.
So ist für einen wahren Jünger
Die Not nur eine Wartezeit,
Die ihn zu einem Gottesringer
Voll innerlicher Kraft erneut.

Martin Ulbrich.

Sechzigtausend Deutsche fordern von Belgien ihr Recht!

Der englische Professor Maurice Gerothwohl, dessen gute Beziehungen zum englischen Außenministerium bekannt sind, hat kürzlich in einer Artikelserie im „Daily Telegraph" zu den Schwierigkeiten der gegenwärtigen europäischen Lage Stellung genommen. Einen seiner Artikel hat er den besonderen Sorgen Belgiens gewidmet und dabei mit Recht zum Ausdruck gebracht, daß der in Belgien gegenüber Deutschland noch immer sehr stark festzustellende Haß seine Wurzeln vor allem in Furcht und Mißtrauen habe. Jeder unbefangene Deutsche, welcher an Ort und Stelle die belgischen Stimmungen beobachten kann, wird dem britischen Professor hierin beistimmen, kann man doch, besonders seit den Wahlen vom 14. September, feststellen, wie diese Furcht und dieses Mißtrauen in der belgischen Presse täglich und stündlich die groteskesten Blüten treiben. Keineswegs aber wird man Professor Gerothwohl folgen können, wenn er behauptet, daß diese belgischen Sorgen behoben werden könnten, wenn Deutschland klar und deutlich ein für allemal auf die Rückgabe des Gebietes von Eupen und Malmedy verzichte. Es ist auch irreführend, wenn der englische Professor behauptet, daß die belgische öffentliche Meinung in ihrer Gesamtheit, oder auch nur in ihrer überwiegenden Mehrheit, „ehrlich und leidenschaftlich überzeugt sei, daß diese zwei Kreise ebenso belgisch in ihrem Fühlen seien, wie die Saar unzweifelhaft deutsch fühle". In Wirklichkeit liegen die Dinge doch so, daß, mindestens nach den belgischen Wahlen vom Mai 1929, kein politisch Denkender in Belgien mehr darüber im Zweifel sein kann, daß die „erlösten Kantone" in ihrer erdrückenden Mehrheit die Rückkehr ins deutsche Vaterland anstreben. Fielen doch bei diesen Wahlen rund 85 Prozent der Stimmen auf die Listen derjenigen Parteien, die sich im Wahlkampf offen für die Rückkehr nach Deutschland einsetzten. Wenn es noch weiterer Beweise für das Fühlen der Bevölkerung von Eupen, Malmedy und St. Vith bedurft hätte, so sind sie durch die so gut wie vollständige Zurückhaltung der Bevölkerung von den durch die Behörden veranstalteten belgischen Jahrhundertfeiern geliefert worden. Es ist schon bezeichnend genug, daß man belgischerseits in den deutschsprachigen Teilen der Grenzkantone es kaum versucht hat, derartige Veranstaltungen zu treffen, aber auch in der Malmedyer Wallonie haben die angestellten Versuche, zuletzt Ende Oktober an der Warchetalsperre, zu einem so glänzenden Fiasko geführt, daß die vorher großartig angekündigte Kundgebung nachher von der nationalistischen Presse in Alt-Belgien totgeschwiegen werden mußte. Dabei hatte man es weder an verlockenden Geldangeboten an die eingeladenen Vereine, noch an Druck auf die mittelbar, oder wie Beamte und Kriegsrentenempfänger unmittelbar von Regierungsgunst abhängigen Kreise und Persönlichkeiten fehlen lassen. Die 10 000 Bewohner der früheren preußischen Wallonie hängen eben genau so treu am deutschen Vaterlande, dem sie mit kurzer Unterbrechung in der Zeit der französischen Revolution über tausend Jahre angehört haben, wie ihre 50 000 deutschsprachigen Landsleute in und um Eupen und St. Vith.

Es ist aber auch nicht wahr, daß die belgische öffentliche Meinung einhellig einer Ueberprüfung der Eupen- und Malmedy-Frage entgegensteht. Führende sozialistische Politiker haben offen zugegeben, daß die sogenannte Volksbefragung vor zehn Jahren, über die noch ein Wort zu sagen sein wird, nicht der wahren Volksstimmung Ausdruck verliehen habe. Auch bedeutende liberale Kreise, welche u. a. in der Brüsseler „Dernière Heure" verschiedentlich zum Ausdruck kamen, würden gern das „malaise" von Eupen und Malmedy beseitigt sehen. Gemäßigte katholische Politiker geben unter vier Augen offen zu, daß die Frage nicht endgültig gelöst sei, und der Führer der Radikalflamen, der Antwerpener Abgeordnete Herman Vos, hat Herrn Gerothwohl in einem offenen Brief an den „Daily Telegraph" eine deutliche Antwort erteilt, indem er diesem vorwirft, daß die von ihm adoptierte offizielle belgische These eine gefährliche Täuschung darstelle. Der flämische Politiker sagt weiter wörtlich: „Die Methoden, mittels derer Eupen und Malmedy annektiert wurden, gaben der Bevölkerung dieser Bezirke niemals die Gelegenheit, ihre wahren Wünsche kundzugeben, und im gegenwärtigen Augenblick ist Belgien für sie eine fremde Macht, bei welcher sie sich niemals zu Hause fühlen können." Die angezogenen Beispiele dürften genügen, um die irrigen Anschauungen Professor Gerothwohls zu widerlegen. In Wahrheit liegen die Widerstände gegen eine gerechte Regelung der Frage in jenen blind antideutschen Kreisen, welche in der gegenwärtigen belgischen Regierung immer noch vorherrschend sind und in Paris. Liegt doch selbst jenen französischen Politikern, welche einer deutsch-französischen Verständigung das Wort reden, daran, daß die Beziehungen zwischen Brüssel und Berlin auch weiterhin gespannt bleiben. Fürchtet man doch, daß andernfalls der tiefste Grund für die bedingungslose Gefolgschaft, die die belgische Politik Frankreich leistet, hinfällig werden könnte.

Professor Gerothwohl hat in seinem Artikel noch geglaubt, Deutschland ans Herz legen zu sollen, daß es in seinem Kampf um die Revision des Friedensvertrages sich nicht mit der Kleinigkeit der 60 000 Deutschen von Eupen und Malmedy aufhalten solle, daß es sich vielmehr durch ein Nachgeben in dieser Frage die Gefälligkeit Belgiens in größeren und wichtigeren Fragen erkaufen solle. Dazu ist zweierlei zu sagen: Die Frage von Eupen und Malmedy ist für Deutschland keine Frage der Nützlichkeit, sondern eine Frage der nationalen Würde und Selbstbehauptung. Zweitens hat diese Frage mit dem deutschen Kampf um die Revision des Versailler Vertrages nichts zu tun. Die Forderung der heimattreuen Bevölkerung von Eupen und Malmedy, welche auf die volle Unterstützung des deutschen Volkes und der deutschen Politik Anspruch erheben kann, geht ja auf nichts weiteres, als daß der Vertrag von Versailles in diesem Falle loyal durchgeführt werde, bezw. daß eine eklatante Mißachtung der Vertragsbestimmungen berichtigt werde. Der Vertrag hat ausdrücklich festgesetzt, daß eine freie, unbeeinflußte Volksabstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des Gebietes entscheiden solle. Diese Volksbefragung hat bis heute nicht stattgefunden. Anstatt dessen hat man vor zehn Jahren unter dem unmenschlichen Druck einer Militärdiktatur eine Abstimmungskomödie aufgeführt, die des auf seinen Freiheitswillen stolzen belgischen Volkes, gelinde gesagt, unwürdig ist. Was Eupen und Malmedy fordern, ist deshalb, daß man ihnen endlich die Gelegenheit zur freien und unbeeinflußten Meinungsäußerung durch eine geheime Volksabstimmung unter neutraler Kontrolle gebe.

Damit fällt auch der Gedanke einer Differenzierung zwischen dem deutschsprachigen und dem wallonischen Teil der Grenzkantone. Es ist nämlich von belgischen Persönlichkeiten verschiedentlich die Möglichkeit erwogen worden, Eupen und St. Vith an Deutschland zurückzugeben und Malmedy zu behalten. Leider hat auch Herman Vos in seinem erwähnten Brief an den „Daily Telegraph" geglaubt, eine gewisse Differenzierung in dieser Hinsicht vornehmen zu sollen. Demgegenüber kann nicht deutlich und oft genug erklärt werden, daß es für Deutschland in dieser Frage keinen Kuhhandel geben kann, sondern daß unsere Forderung unverrückbar darauf lauten muß, daß in diesem Falle, wo einmal das Versailler Diktat deutschen Menschen ein Recht eingeräumt hat, diesem Rechte uneingeschränkte Erfüllung werde.

Es ist auch nicht angängig, aus taktischen Rücksichten die Forderung auf Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes in Eupen und Malmedy auf Jahre und Jahre hinaus zu vertagen, wie dies von manchen Politikern und Diplomaten befürwortet wird. Wohl steht die Treue und Anhänglichkeit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung zum alten Vaterlande felsenfest trotz aller belgischen Versuche, bald mit Freundlichkeit, bald mit Rücksichtslosigkeit, die Seelen für sich einzufangen. Es darf aber nicht vergessen werden, daß mit fortschreitender Zeit die geraubten Gebiete einer kulturellen Verarmung ausgesetzt sind, die für die jüngere Generation auf die Dauer zu einer ungeheuren Gefahr werden müßte. Sowohl die Schule, wie die Kirche ist in den vergangenen 10 Jahren zu Mitteln der Entdeutschung gemacht worden. Wohl mußte man die deutsche Unterrichtssprache beibehalten, da der Unterricht aber überwiegend von belgischen Lehrern erteilt wird, ist das Niveau des deutschen Sprachunterrichts geradezu entsetzlich niedrig. Ebenso ernst oder fast noch ernster steht es mit der Heranbildung einer intellektuellen Oberschicht, für welche im ganzen Gebiet keine einzige höhere Lehranstalt in deutscher Sprache zur Verfügung steht.

Auch wirtschaftlich leidet das Gebiet unter der Abtrennung von seinen natürlichen Absatzmärkten, was fast gleichmäßig für Landwirtschaft und Industrie gilt. Die unverhältnismäßig hohen Arbeitslosenziffern sprechen hier eine deutliche Sprache.

Es gilt also keine Zeit zu verlieren. Immer wieder sollte in der deutschen öffentlichen Meinung die Forderung auf eine baldige Beseitigung des Eupen und Malmedy angetanen Unrechtes erhoben werden. Im Gegensatz zu Prof. Gerothwohl sollte dabei darauf hingewiesen werden, daß gerade in einer Befriedigung der deutschen Forderung in dieser Frage für Belgien die Gelegenheit geboten ist, sein Verhältnis zum deutschen Reich aus einer Atmosphäre des Mißtrauens in eine Aera freundschaftlichen Zusammenarbeitens zu überführen, auf welche die beiden Staaten nicht nur geographische Bedingtheiten, sondern auch der Wunsch und Wille der überwiegenden Mehrheit beider Völker hinweisen. —en.

„Wer hindert die Abrüstung?"

Ein sehr offener italienischer Kommentar zu dieser Frage.

Das Mussolini-Blatt „Il Popolo d'Italia" bringt unter dieser Ueberschrift einen Leitartikel, der auch für uns Deutsche so viel Beachtenswertes enthält, daß folgendes aus ihm wörtlich wiedergegeben sei:

„So wie die Sachen jetzt stehen, sind die Aussichten für die allgemeine Abrüstungskonferenz äußerst gering. 6 Jahre ist man jetzt dabei, diese Konferenz vorzubereiten, und die jetzt wieder in Genf tagende Versammlung des „Vorbereitungsausschusses" müßte doch eigentlich zu ihr den Auftakt bilden.

6 Jahre, verloren für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz bedeuten für manchen 6 gewonnene Jahre für — Vorbereitung des Krieges und Ausbau der Rüstungen. Diese wenig schmeichelhafte Bilanz der Genfer Kommission ist nicht gerade dazu angetan, Mut zu machen und den Erfolg der Konferenz zu erleichtern. In erster Linie hätte man die Rüstungen stoppen müssen, während man in Genf darüber diskutierte, wie man „die Abrüstung einleiten" solle. Statt die Probleme und ihre Diskussion zu vereinfachen, hat man sie unnötig kompliziert.

Stattdessen sind die Arbeiten der „Vorbereitungskommission" mit raffiniertem Obstruktionsgeschick sabotiert worden. Von Versammlung zu Versammlung, von Jahr zu Jahr verlor sich das Ziel der Kommission in immer nebelhaftere Ferne, verblaßte, kam ganz außer Sicht. Von Abrüstung sprach man nur beiläufig. Die Probleme der Tagesordnung, die man der Diskussion würdigte, waren die des Schiedsgerichtes und der Sicherheit. Demgemäß begann die Kommission sich in mehrere Unterkommissionen zu teilen.

Die Delegationen Frankreichs haben sich mit freundlicher Unterstützung der Vasallenstaaten stets alle Mühe gegeben, das klare Abrüstungsproblem zu verdunkeln und es mit allerhand Nebenfragen und hinhaltenden Tüfteleien über Schiedsgericht und Sicherheit zu verquicken. Der letzte unerfreuliche Versuch, die wirkliche Prüfung des Abrüstungssystems hinauszuschieben, war die natürlich französische Initiative zugunsten eines europäischen Staatenbundes.

Mögen die Dinge in Genf in der ersten Novemberhälfte laufen, wie sie wollen: Soviel ist jetzt sicher, daß an eine Einberufung der Konferenz für 1931 nicht zu denken sein wird. Mit Hilfe von Vertagungen und Vorbereitungen wird's bis 1932 dauern, und dann — so rechnet man — wird der französische Rüstungsplan seine Vollendung erfahren haben. Zu dem Zeitpunkt wird es komisch wirken, von Frankreich zu verlangen, es solle seine Rüstungen auf ein Niveau zurückschrauben, das mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages vereinbar ist. Im Gegenteil, dann wird Frankreich seine vollendeten Rüstungen ins Gewicht werfen und die Entwaffneten dazu bringen, die vollendete Tatsache anzuerkennen und nichts weiter zu verlangen, als was ihm selbst beliebt. Ohne also ironisch sein zu wollen: Die früher oder später tagende Konferenz wird ihr eigenes Programm modifizieren und auf ihre eigentlichen Ziele verzichten müssen, in dem Sinne, daß es ihre Sorge wird sein müssen, für die Rüstung derjenigen Staaten Maßnahmen zu treffen, die sich bis dahin noch nicht gerüstet haben. Dann wird tatsächlich der Begriff der Sicherheit die logische Voraussetzung für die Rüstungen der Entwaffneten sein müssen. Der Vorbereitungsausschuß muß also unbedingt das Programm und die Zwecksetzung der Konferenz um-

kehren. Dafür ist es keineswegs nötig, auf den Grundsatz der Sicherheit ganz zu verzichten; es wird sich nur lediglich darum handeln, diesen Grundsatz, der bisher nur für Frankreich und seine Genossen gegolten hat, auf alle auszudehnen. Sicherheit für alle!

Ganz in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbundpaktes wird für jeden einzelnen Staat das Quantum von „Sicherheit" festgesetzt werden können, wenn man auf „seine geographische Lage und seine Lebensbedingungen Rücksicht nimmt". Für Italien braucht man sich nur zu beziehen auf seine völlige Abhängigkeit von der Durchfahrt durch die Meerengen, seine Knappheit an Rohmaterialien, auf Möglichkeit, bezw. Unmöglichkeit, die Lieferungen sicherzustellen, die zum Unterhalt der Bevölkerung nötig sind. Daraus wird sich zur Genüge ergeben, daß Italien Anspruch hat „zum mindesten" auf Rüstungsparität mit Frankreich, das doch am offenen Meer liegt, das auch in seinem Lande selbst so reich an Naturschätzen ist, daß es von sich aus reichlich für die weitestgehenden Bedürfnisse seiner immer kleiner werdenden Bevölkerung aufkommen kann.

Ein typisches Beispiel ist ferner Ungarn. Ueber die Sicherheit dieses verstümmelten, ausgeplünderten und verarmten Landes wacht ein Scheinheer von 30 000 Mann, ohne Flugzeuge und Kanonen; rings um seine Grenzen stehen aufmarschiert mehr als 500 000 Mann, organisiert, bewaffnet und ausgerüstet nach Art des französischen Heeres. Man muß sich wirklich fragen, ob das Recht, sich sicher zu fühlen, ein ausschließliches Privileg Frankreichs ist und nicht vielmehr ein vitaler Lebens-Grundsatz für alle Nationen der Welt.

Die Friedensverträge sollten nicht dazu dienen, jemand zum Tode zu verurteilen, und wenn aus ihrer einseitigen und willkürlichen Interpretation sich ergeben sollte, daß sie dazu führen oder führen können, so kann nichts eine Bewegung aufhalten, die darauf hinzielt, sie zu ändern oder geradezu zu zerreißen.

Die neu eröffnete Diskussion in Genf könnte ja mal dazu dienen, das rechtmäßige Bestehen der Verträge und die Loyalität der Bestrebungen derer zu prüfen, die ihre starre Anwendung und ihre Unabänderlichkeit vertreten.

Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien verlangen, daß endlich die Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Anwendung und Auswirkung kommen, die die Sieger verpflichten, ihre eigenen Rüstungen anzupassen an die begrenzten, die man den Besiegten zugestanden hat. Dieses ehrenhafte und durchaus legitime Verlangen der Besiegten wird von der Mehrheit der Siegerstaaten unterstützt: England, Italien, Vereinigte Staaten; ferner von Rußland und der Türkei. Sicherheit für alle und Respekt vor den Verträgen — von allen!

Jeder beliebige Vertrag wird hinfällig, sobald sich herausstellt, daß einer der Kontrahenten ihn nicht erfüllt. Wir stehen jetzt vor einer solchen Nichterfüllung. Wenn Frankreich nicht abrüstet, ist Deutschland im Recht, wenn es rüstet, und wenn Deutschland ohne Maß und ohne Kontrolle rüstet, so erhält die „Unverletzlichkeit der Lage", die die Verträge doch sichern wollten, einen heftigen, unter Umständen gar tödlichen Stoß. Aber — Frankreich wird nicht abrüsten, weil es schon zuviel gerüstet hat und im Begriff steht, weiter zu rüsten, und weil seine ganze Politik eine Politik der Gewalt und der Intrigen ist, die unausweichlich zum Kriege führt, weil niemand geneigt ist, zu dulden, daß sich in Europa eine französische Hegemonie bilde.

Diese Politik Frankreichs ist das einzige Hindernis für die Abrüstung.

br.

Verstärkte Preissenkung!

— Berlin, 13. November.

In Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther beschäftigte sich das Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eingehend mit der Frage der Preis- und Arbeitspolitik. Es wurde beschlossen, die Senkung der Preise weiter energisch zu fördern. Zu diesem Zweck wurde ein Ausschuß eingesetzt, der in dauernder engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen weitere Maßnahmen treffen soll. Mitglieder des Ausschusses sind dem Vernehmen nach Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, Reichsarbeitsminister Stegerwald, Reichsernährungsminister Schiele, Staatssekretär Dr. Trendelenburg und der preußische Handelsminister Dr. Schreiber.

Ueber diese Mitteilung hinaus erfahren wir von gut unterrichteter Seite, daß das Kabinett mit allen Mitteln die Preissenkungsaktion fortführen will. Vorerst stehe man noch am Anfang; mögen auch Schwierigkeiten vorhanden sein, so würden sie doch schrittweise überwunden werden.

Praktische Erfolge hat die Reichsregierung in der Frage der Preissenkung bisher insoweit erzielt, als in Berlin die Brotpreise von den Bäckerinnungen um 8 v. H. ermäßigt worden sind und für Schweinefleisch eine Preisermäßigung um 5 v. H., für Milch eine solche im Ausmaße von 3 v. H. zugesagt worden ist. Allerdings wurde die psychologische Wirkung dieser Ermäßigungen dadurch wesentlich beeinträchtigt, daß die Brotfabriken später einen Rückzug antraten und damit mit ihren Leistungen hinter denen der Bäcker zurückbleiben. Höchst bedauerlich waren ferner die „Mißverständnisse", die sich in Berlin beim Abbau der Preise für Schweinefleisch ergeben hatten.

Denn bei allen diesen Maßnahmen handelt es sich nicht nur darum, ob das Brot in Berlin in Zukunft 4 oder 2 Pfennige weniger kosten wird, sondern es geht auch darum, ein gutes Beispiel zu geben, das fortwirkt und dem Gedanken des Preisabbaus im ganzen Lande Bahn bricht! Es wäre daher besser gewesen, wenn der Beginn der Preissenkung reibungsloser eingesetzt hätte. Hinsichtlich der Fortführung der Aktion ist zu sagen, daß, wenn auch Preiserhöhungen erfahrungsgemäß rascher Platz greifen, auch Preissenkungen von den Behörden beschleunigt werden können. So hat man z. B. in England einmal in verhältnismäßig kurzer Frist eine Senkung der Brotpreise bis zu 20 v. H. durchgesetzt, nämlich mit der Anwendung des drastischen Mittels der Bekanntgabe der Läden, die die Preise freiwillig herabgesetzt haben.

Wenn aber die offizielle Preissenkung ihren Zweck voll erfüllen soll, dann muß man es mit den Konsequenzen dieser Politik sehr genau nehmen und auf der ganzen Linie die Produktionskosten verbilligen und die Kosten des Verwaltungsapparats herabsetzen. So vertrug es sich z. B. nicht mit dem schließlich doch schon seit längerer Zeit erörterten Gedanken des Preisabbaus, wenn hier und da die öffentlichen Tarife noch ein wenig heraufgesetzt und die Mieten durch eine Erhöhung der staatlichen Grundsteuer — so z. B. in Preußen — um einige Prozente verteuert wurden.

Man muß daher bei den weiteren Maßnahmen davon ausgehen, daß im Hinblick auf eine wirksame und allgemeine Senkung der Preise noch vieles getan werden muß. Da die Großhandelspreise und die Preise der Rohstoffe seit langem außerordentliche Rückgänge erfahren haben, wird man im Interesse der Verringerung der Spanne zwischen den Groß- und Kleinhandelspreisen auch die Verkehrstarife nachprüfen und sie gegebenenfalls unter Zuhilfenahme der Pfennigrechnung senken müssen. In diese Richtung verweisen auch die dem Reichsverband der Deutschen Industrie zugegangenen Schreiben, in denen eine Senkung der Postgebühren gefordert wird. Wie man hört, will die Industrie bereits in den nächsten Tagen beim Reichspostministerium deswegen vorstellig werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe in der Verbilligung der Preise fällt der Hausfrau zu, die noch am besten die Preisgestaltung der nach Güte und Quantität im einzelnen sehr verschiedenen Lebensmittel überwachen kann. Welche Bedeutung gerade die Lebensmittelpreise für die Gesamtkosten der Lebenshaltung haben, ergibt sich daraus, daß nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts von dem Einkommen eines im Durchschnitt bezahlten Arbeitnehmers etwa 47,3 vom Hundert auf Lebens- und Genußmittel entfallen.

Der Enderfolg aller Anstrengungen jedoch, die jetzt gemacht werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern und damit neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird mit davon abhängen, ob es gelingen wird, eine Einheitsfront zu schaffen, in der sämtliche Kräfte nach einer Richtung ziehen.

*

Die Beschlüsse des Reichskabinetts.

Die über das Ergebnis der Kabinettssitzung herausgegebene Mitteilung hat folgenden Wortlaut:

Das Reichskabinett beschäftigte sich unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther mit Fragen der Preis- und Arbeitspolitik. Die weitere energische Förderung der auf eine umfassende Preissenkung gerichteten Tendenzen wurde einem Kabinettsausschuß anvertraut, der in dauernder engster Zusammenarbeit mit den beteiligten Wirtschaftskreisen stehen wird. Ferner wurden noch Fragen der Arbeitsstreckung, eines weiteren Schuljahres und der Zulassung von ausländischen Wanderarbeitern erörtert, über die noch Verhandlungen mit den Ländern geführt werden.

Offenlegung der Rüstungen.

Von Deutschland gefordert. — Fortsetzung der Debatte über das Kriegsmaterial.

— Genf, 13. November.

Im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes unterbreitete die deutsche Delegation einen Antrag auf Offenlegung des Rüstungsstandes aller Staaten. Die deutsche Forderung geht davon aus, daß die geplante Abrüstungskonferenz nur dann zu einem praktischen Ergebnis kommen kann, wenn zu Beginn der Konferenz genaue Angaben über die Rüstungen der einzelnen Länder, die eine Abrüstungskonvention schließen wollen, vorliegen.

Die Ausarbeitung eines Konventionsentwurfs durch den Vorbereitenden Ausschuß genüge nicht. Der Londoner Flottenkonferenz hätten solche Angaben über die maritimen Rüstungen als Verhandlungsgrundlage vorgelegen. Während aber für die Flotten genaue und

---

Die 10. Herrnhuter Missionswoche

13. bis 17. Oktober 1930.

(Schluß.)

4. Synkretismus (Religionsmischung) auf den Missionsfeldern, vornehmlich in Indien.

Einem Teilnehmer hatte ein schlichter Gasthörer der Konferenz verraten: „Nun habe ich einen 1½-stündigen Vortrag über „Synkretismus gehört, aber ich weiß nicht, was Synkretismus ist." Der Vortragende, Prof. Schomerus-Halle, ist sich angesichts seines Hörerkreises sicher nicht bewußt gewesen, daß dieser oder jener Hörer das Wort Synkretismus nicht verstand. Aber doch verrät diese Klage jenes Hörers die Schwierigkeit der Sache, die vor uns zur Behandlung stand. Letztlich mangelte unserer Auseinandersetzung mit dieser Frage eine gute sachliche Begriffserklärung, was unter Synkretismus in diesem Falle zu verstehen ist.

Synkretisten sind wir alle, soweit und sofern nicht unser ganzes Leben durchstrahlt ist von der läuternden Kraft des heiligen Geistes. Dies offenbart auch die Geschichte der Christenheit. Es liegt etwas an dem von Prof. Barth in seiner Erklärung zum 1. Kor. 15 geprägten Satz, daß der „Monismus" erst eine Möglichkeit sei in der neuen Welt, aber nicht in der unseren. Es liegt nicht in unserer Macht, die Wahrheit Gottes einheitlich zu erfassen. Aber von Religionsmengerei sind wir dennoch geschieden durch die Ueberzeugung und den Willen, das alleinige Königsrecht Jesu für uns als maßgebend zu erachten.

Notwendig wird daher die Missionierung begleitet sein von einem Doppelgänger. Wie neben dem Christentum bei seiner Ausbreitung in den ersten Jahrhunderten die Gnosis einherging, so wird zumal in Indien neben den indischen Christen, die unsere Art an sich tragen, daß sie das alleinige Königsrecht Jesu anerkennen, eine indische christliche Gnosis gehen, deren Charakteristik insbesondere religiöser Eklektizismus ist, Religionsmengerei, bei der der Standort zwischen den Religionen eingenommen wird, bei der also die Einzigartigkeit der christlichen Botschaft nicht erkannt oder abgelehnt wird. Leider setzte der Vortrag von Prof. Schomerus einen bestimmten Begriff „Synkretismus" mehr voraus.

Was nun Indien betrifft, so entstanden hier schon frühzeitig synkretistische Gebilde, wie Aria Samadsch, Brahma Samadsch u. a. Den anerkennenden Aeußerungen über das Christentum steht eine völlig indische Lebenshaltung gegenüber. Zugleich geht damit eine Kritik des Christentums Hand in Hand. „Das Christentum ist von den Christen nicht verstanden". „Das Abendland ist viel zu diesseits eingestellt, Indien wird zu einem neuen Verständnis des Christentums kommen. Zugleich hört man von einer allgemeinen Weltreligion reden, die jedem Volk das bietet, was es nötig habe. Das Christentum komme dafür nicht in Frage, da es zu unduldsam sei. Der Genius des indischen Geistes aber ist dazu berufen, diese Weltreligion zu schaffen.

Die Anerkennung des Christentums wird für die alte Religiosität ein Bundesgenosse; sie biegt die Gefahr der Christianisierung ab. Die Bekämpfung des Christentums, so sehen die Indier, treibt ins Christentum hinein. „Was uns am Christentum gefällt, nehmen wir auf; so brauchst du nicht Christ zu werden. Was dir fehlt, ergänzen wir aus dem Christentum."

Ein Synkretismus zeigt sich notwendig auch bei den indischen Christen. Der Hang am alten Erbgut und die religiöse Unsicherheit hinsichtlich des Neuen wie des Alten schafft diese Haltung. Die indische Mystik erscheint so wertvoll, daß ihr gegenüber die Frage nach der Berechtigung des Religionswechsels entsteht. Es gilt ihr das Gleichnis vom Sauerteig. Für den Missionar aber ergibt sich die Aufgabe des weisen Seelsorgers. Schomerus schloß seine Ausführungen mit dem Satz: Die nichtchristlichen Religionen leben vom Synkretismus, aber das Christentum stirbt an ihm. —

Missionsdirektor Hartenstein packte die Frage von einer anderen Seite an und formulierte im Korreferat sein Thema: „Der Synkretismus in Indien als missionstheologisches Problem."

Gegenüber einer synkretistischen Haltung mit ihrem Standort zwischen den Religionen kann sich die Mission nur auf die Offenbarung Gottes stellen und auf die damit gegebene Offenbarungsgewißheit. Die Deutung der Schrift aber muß vom Alten Testament ausgehen. Hier wird Heilsgeschichte geboten, während die religiösen Urkunden anderer Völker stets der Religionsmengerei die Hand bieten. Das Glaubensbekenntnis der Kirche hat einst den Dienst getan, den Synkretismus der Gnosis abzuwehren. So steht auch heute das Glaubensbekenntnis da als aufgehobene Hand gegenüber jedem neuen Synkretismus. Der erste Artikel preist den Schöpfer. Gott ist nicht eine Idee, sondern er ist der Herr. Er ist schöpferisch souverän, nicht Emanation und letzte Ursache. Der 2. Artikel kündet den Heiligen Israels; eine ungebrochene Einheit zwischen Mensch und Gott, wie sie die Mystik will, ist unmöglich; und die Sünde ist nicht Mangel, sondern trotziger Wille gegenüber dem Schöpfer. Der 3. Artikel spricht von Gottes Reich. Nicht aus den Tiefen der Menschheit kann das Neue gestaltet werden; darum handelt es sich auch nicht um Religion, sondern um Gottes Handeln, Gottes Reich.

Von da aus ergibt sich die Ablehnung synkretistischer Erscheinungen Indiens, die Christus als großen Lehrer der Menschheit, als sittlichen Heros feiern (Ram Mohan Roi, Gandhi) oder als eine große „Avatare", d. i. Gotteserscheinung neben anderen (Rama-Krischna, Vivekananda) oder als Erfüller des Hinduismus (Keschab Tschandra Sen). Die missionarische Aufgabe muß sich daher klar machen, auf welchen Voraussetzungen dieser Synkretismus beruht, daß hinter ihm letztlich ein allgemeiner Offenbarungsgedanke steht, gegenüber dem biblischen Offenbarungsgedanken, den es ungebrochen zum Ausdruck zu bringen gilt.

5. Die Bibel im Lehrer- und Predigerseminar Westafrikas.

Die kritische Theologie hat auch Afrika erreicht. Damit ist die Behandlung der Bibel zu einem neuen Studium geführt. Als die Basler und Bremer Mission von ihren Missionsgebieten in Westafrika vertrieben wurden, führten englische Missionare auf den Lehrerseminaren eine populäre englische Dogmatik ein, die in der löblichen Absicht geschrieben war, den modernen Menschen in England aus seinen Zweifeln herauszuführen zum Glauben. Dies war bei der grundsätzlich positiven Haltung, die dieses Buch einnahm, wohl für England das gegebene Textbuch, aber nicht für Afrika, auch wenn man hinzunimmt, daß die afrikanischen Menschen in eine immer regere Geistesverbindung mit Europa geführt werden. Aber was in Europa vermöge einer Jahrhunderte langen Geistesschulung geworden ist, läßt sich nicht nach Afrika ohne Schaden für den afrikanischen Menschen übertragen. Der Afrikaner hat für rationale Stützen des Glaubens kein Interesse. Er lebt in der Welt des Wunders und der Träume. Der weltanschauliche Hintergrund der Bibel entspricht ganz seiner Anschauung. Daraus ergibt sich für den Lehrer der Schwarzen die Forderung, daß er mit Ehrfurcht an die Bibel heranzutreten hat und erzieherisch durch sein Vorleben wirkt. Regen sich Zweifel, so soll der Lehrer die schwarzen Schüler hinweisen auf

authentische Statistiken vorhanden seien, sei das bei den Landrüstungen nicht der Fall. Das militärische Jahrbuch des Völkerbundes sei unvollständig. Seine Angaben seien zum Teil vage und nicht immer zuverlässig.

Der Vorbereitungsausschuß müsse an alle Regierungen, die auf der Konferenz vertreten sein werden, das Ersuchen richten, ihm genaue und einwandfreie Angaben über die Land- und Seerüstungen so rechtzeitig zu liefern, daß sie der Konferenz als Grundlage für ihre Arbeiten dienen können. Aufgabe der jetzigen Tagung sei es, ein Schema für diese Statistiken auszuarbeiten.

In Fortsetzung der Debatte über die Beschränkung des Kriegs- und Heeresmaterials kamen mit den Führern der japanischen, tschechischen, südslawischen Delegation zunächst die Gegner einer direkten Beschränkung des Materials zu Worte. In Uebereinstimmung mit der deutschen Delegation erklärte demgegenüber der Sprecher Schwedens, ein Abrüstungsvertrag, der außer den ausgebildeten Reserven auch noch das Kriegsmaterial außer Betracht lasse, sei völlig zwecklos! Aehnlich äußerten sich die Vertreter Rußlands, Norwegens und Hollands.

Italien sekundiert Deutschland.

Größte Sensation rief eine Erklärung des italienischen Delegationsführers General de Marinis hervor, mit der auch Italien sich dem deutschen Standpunkt angenähert hat, weil — wie man von italienischer Seite hört — die militärische Lage sich in den letzten Monaten zum Schaden Italiens entwickelt hat.

General de Marinis befürwortete dementsprechend eine Herabsetzung des Rüstungsmaterials auf das niedrigste Maß. Ein Abrüstungsabkommen, das die Materialfrage nicht eindeutig in diesem Sinne löse oder das die gegenwärtig vorhandenen krassen Unterschiede im Rüstungsstand der einzelnen Mächte nicht in einigermaßen gerechter Weise beseitige, werde von Italien nicht unterzeichnet werden.

Streichung der Kriegsschulden.

Eine logische Folge der Widerlegung der Kriegsschuldlüge.

In einem in einer amerikanischen Zeitung veröffentlichten Artikel sagt der bekannte Nationalökonom Irving Fisher folgendes:

Die deutschen Reparationen sind ursprünglich aufgebaut gewesen auf der Theorie, daß Deutschland allein für den Krieg verantwortlich war. Die historische Forschung hat jedoch ergeben, daß nahezu alle Nationen, die am Kriege beteiligt waren, auch für den Krieg verantwortlich gemacht werden müssen. Da demnach tatsächlich fast alle Staaten, die am Kriege teilgenommen haben, auch für den Krieg verantwortlich sind, erscheint es nur in der Ordnung, wenn die gegenseitigen Schulden gestrichen werden. Eine allgemeine Schuldenstreichung würde, wenn sie ausgeführt werden könnte, den größten Antrieb zur wirtschaftlichen Erholung geben, die die Welt so dringend benötigt.

Delegiertentag der Landgemeinden.

Teilnahme des Reichskanzlers an den Verhandlungen.

Am 21. November tritt im Plenarsaal des Reichstags ein Delegiertentag der preußischen Landgemeinden zusammen. Nach einleitenden Ansprachen des Reichskanzlers Dr. Brüning, der dabei auch auf den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung zurückkommen wird, und des preußischen Innenministers Severing, werden Reichsernährungsminister Schiele über „Die Bedeutung des Landes für die Volksernährung", Reichsfinanzminister a. D. Dr. Hilferding über das Thema „Der Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen" und der Präsident des preußischen Landgemeindeverbandes Dr. Gereke über „Die Landgemeinden in Reich und Staat" sprechen.

Memel soll entdeutscht werden.

Eröffnung des memelländischen Landtags.

Der neugewählte memelländische Landtag ist Mittwochvormittag 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten. In seiner Eröffnungsansprache erklärte der Gouverneur u. a., von den autonomen Organen sei dem Memelstatut nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden. So wäre z. B. noch nicht ein Gesetz herausgegeben worden, welches die Verfassung und Zuständigkeit der Gerichte neu regelt.

Von Beamten und Angestellten der öffentlichen Stellen würden noch nicht beide Amtssprachen beherrscht. Auch in den Schulen würde der litauischen Sprache noch nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt. Da eine große Anzahl der Lehrer wie Richter ebenfalls noch immer nicht die litauische Sprache beherrschten, müsse hier endlich Wandel geschaffen werden.

Bei der Präsidentenwahl wurde ein Litauer zum zweiten Vizepräsidenten gewählt, und zwar mit 6 von 29 Stimmen bei 22 Enthaltungen.

Englisch-indische Konferenz.

Macdonald Vorsitzender. — Eine Ansprache des Königs.

König Georg von England eröffnete in London die englisch-indische Einigungskonferenz am runden Tisch. Der Eröffnungssitzung wohnte das gesamte Kabinett bei. Unmittelbar zur Rechten des Throns saßen die regierenden indischen Fürsten und ihre Minister, zur Linken der Premierminister und andere Staatswürdenträger, die Delegierte sind. Vor dem Thron hatten die britisch-indischen Delegierten Platz genommen. Die indischen Fürsten trugen gewöhnliche schwarze Anzüge, und die Leute, die eine Schaustellung ihrer berühmten Juwelen erwartet hatten, wurden enttäuscht. Die beiden weiblichen Delegierten trugen Roben in Blaßlila. Insgesamt nehmen 57 Vertreter Britisch-Indiens, 16 Vertreter der indischen Fürstentümer und 13 Engländer an der Konferenz teil.

In seiner Eröffnungsansprache betonte der englische König, er stehe dem Verlangen Indiens nach Selbstverwaltung „mit vollem Verständnis gegenüber". Ministerpräsident Macdonald führte aus, Zweck der Konferenz sei, Klarheit darüber zu schaffen, was für Indien gegenwärtig getan werden könne. Dann kamen die Maharadschas zu Worte. Nachdem dann noch Macdonald zum Vorsitzenden gewählt worden war, vertagte man sich auf Montag, um Zeit zur Beendigung der Vorbesprechungen zu gewinnen.

Die Wirksamkeit der neuen englisch-indischen Verhandlungen wird dadurch beeinträchtigt, daß die Männer, auf die Indien hört, an der Konferenz nicht teilnehmen! Mit Ghandi sitzen sechs Präsidenten des indischen Kongresses im Gefängnis, und nur die Maharadschahs verhandeln über ein Mindestprogramm.

Die Preissenkungsaktion.

Bäckereien gegen Brotfabriken.

Der Zweckverband der Berliner Bäckereien hat seine sämtlichen Mitglieder strikte angewiesen, den Brotpreis entsprechend den Vereinbarungen mit der Reichsregierung um vier Pfennig herabzusetzen. Der Beschluß des Bäckereiverbandes stellt eine offene Kampfansage an die Brotfabriken dar, die an einem Brotpreis von 48 Pfennig festhalten wollen.

Preisbildung für Obst und Gemüse.

Bei einer Besprechung im Reichsernährungsministerium haben die Verbände des Handels, der Waren- und Kaufhäuser, sowie die Konsumvereine ihre Bereitwilligkeit erklärt, keine Opfer zu scheuen, um die Preise auch für Obst und Gemüse zu senken.

Der Kartoffelkleinhandel

wird in Berlin im allgemeinen für Speisekartoffeln bei Abgabe von 10 Pfund folgende Preise berechnen: für weiße Kartoffeln 23 Pfg., für rote und blaue 25 Pfg., für gelbe 30 Pfg.

Preissenkung in der Elektroindustrie.

Der Zentralverband der elektrotechnischen Industrie hat beschlossen, mit Wirkung vom 15. November 1930 ab die Listenpreise für Maschinen, Motoren, Transformatoren, Zähler, Apparate, Installationsmittel usw. in Berlin um fünf Prozent herabzusetzen. Die außerhalb Berlins liegenden Betriebe haben sich dieser Preissenkung angeschlossen, in der Erwartung, daß auch bei ihnen die Löhne herabgesetzt werden.

Der Reichspräsident

empfing den Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft zu einer gemeinsamen Besprechung über die Durchführung der zum Schutze der Landwirtschaft und zur Durchsetzung der Lebensmittelpreissenkung von der Reichsregierung in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen.

Hochwasser-Hilfsaktion.

Beratung der preußischen Maßnahmen im Landtag.

— Berlin, den 12. November 1930.

Nach den Beschlüssen des Aeltestenrats tritt im Preußischen Landtag am Freitag eine neue Unterbrechung der Plenarverhandlungen bis zum 10. Dezember ein. Vor der Vertagung soll noch am Donnerstag die Schlußabstimmung über die Steuergesetze erfolgen, ferner will man die Anträge über die pädagogischen Akademien und Landwirtschaftsfragen behandeln.

In der Mittwoch-Sitzung des Landtags beantragten die Kommunisten die sofortige Veröffentlichung des geplanten Staatsvertrags mit den evangelischen Landeskirchen. Nachdem der Antrag der Ablehnung verfallen war, setzte das Haus nach Erledigung kleinerer Vorlagen die Beratung des Hilfsprogramms für die Hochwassergeschädigten fort.

Das Hilfsaktionsprogramm sieht Maßnahmm zur Behebung der Not und Vorbeugungsmaßnahmen vor. Zur Behebung der Not sollen ausreichende Mittel zur Wiederherstellung von zerstörten oder beschädigten Hochwasserschutzbauten zur Verfügung gestellt werden. Die 1926/28 gewährten staatlichen Hochwasserkredite sollen in den erneut überschwemmten Gebieten niedergeschlagen, Notstandsaktionen überall dort eingeleitet werden, wo allgemeine Nöte bestehen, die von ört-

---

letzte Gebundenheiten, die der menschliche Geist nicht zu überschreiten vermag. Welcher Schwarze so in der Wahrheit der Bibel zu leben gelernt hat, wird auch gefeit sein gegen europäische Kritik und Moderne. Es ist auch zweierlei nicht zu übersehen, daß einmal das Evangelium bei uns Zeit hatte, einzudringen, ehe sich der Zweifel meldete. Wird das in Afrika nicht beachtet, dann wird sich ein Mehltau auf die werdende junge afrikanische Kirche legen. Dazu ist ferner in Afrika noch nicht die Sozialtrennung von Gebildeten und Ungebildeten vorhanden. So dringen mit dem Lehrer auch kritische Gedankengänge sogleich ins gesamte Volkstum. So ist grundsätzlich das Bedürfnis des Schülers als Ausgangspunkt zu nehmen. Dies taten auch beide Referenten zu dieser Frage, Miss.-Insp. D. Stoevesandt-Bremen und auch Missionspfarrer Jehle-Stuttgart, der in seinen Sätzen noch darauf hinwies, wie beim Neger als geborenen Deisten, Juristen und Redner Gefahrenpunkte sich zeigen, die nur durch das Eindringen in den Vollgehalt der Heiligen Schrift überwunden werden können.

6. Die Bedeutung der natürlichen Verbände für die Missionierung eines Volkes.

Die Bibelfrage wurde zur Frage nach der Einwurzelung des Evangeliums in ein Volkstum. So stellte der letzte Tag diese Frage in den Mittelpunkt. Sie gab auch Anlaß zu ernsthafter Auseinandersetzung. Als Referenten hörten wir zu dieser Frage den Altmeister im Kampf für die Erhaltung des eingeborenen Volkstums als die wichtige Voraussetzung einer wirksamen Volkschristianisierung, die wurzelhaft zu werden verspricht, nämlich Missionar D. Gutmann. Er wehrt sich gegen die Verwüstungen der europäischen Zivilisation in Afrika, die den Menschen nur als losgelöstes Einzelwesen sieht und nicht in seiner gliedlichen Verbundenheit mit seiner Umwelt (Sippe, Stamm usw.). Diese Einstellung muß zu einem Zerstören natürlichen, gottgegebenen Volkstums sich auswirken und daher die Einwurzelung des Evangeliums in die Volksseele erschweren, da der Mensch eine geistleibliche Einheit ist.

Das Korreferat stellte demgegenüber in den Vordergrund der Erwägungen, daß im Neuen Testament die neue Gesinnungsgemeinschaft an die Stelle der naturgegebenen Gemeinschaft des Volkes Israel tritt, daß somit Jüngerschaft Jesu nicht ist und sein kann die mehr oder weniger gradlinige Fortsetzung der natürlichen Menschheitsentwicklung, zumal auch alle volksorganischen Bindungen durch die Macht der Sünde verzerrt seien. Die Besprechung zeigte ein Schwanken in der Bewertung der Zivilisation, in deren Ausbreitung doch auch ein Gotteswille anzuerkennen sei. Mit und durch die zerstörenden Wirkungen der Zivilisation wird die Menschheit eine äußere Einheit und eine Lebensgemeinschaft, in deren Rahmen auch das Reich Gottes zur Verwirklichung kommen könne. Diesem Gedanken öffnen sich ganz die Angelsachsen, die nur die Frage bewegt: Zu welcher Form von Menschentum müssen wir die Menschen führen, damit sie für das Reich Gottes da sind? Ihre Meinung ist selbstverständlich, daß ein Amerikanismus die letzte und höchste Menschheitsform sei. Demgegenüber geht Gutmann von der Frage aus, welche volksorganischen Einrichtungen Gott hat werden lassen, und darum ist er der Meinung, daß diese nicht zerstört werden dürfen. Starker Impuls zur Umgestaltung und Ehrfurcht vor der Schöpfungsordnung sind so die gegenpoligen Einstellungen. Die Frage hat zudem zu beachten, wie weit der Zersetzungsprozeß z. B. in Afrika vorangeschritten ist, so daß diese Erwägung uns bei der Frage, was aus dem afrikanischen Menschen werden soll, bewegen muß. Bei der Bewertung des Einzelnen als losgelöstes Individuum oder als gliedlich verbundenes Wesen seiner Sippe ist immer auch zu bedenken, daß es sowohl Individualismus wider Christus als auch Kollektivismus wider Christus gibt (daß auch die Sippe Afrikas z. B. verderbt ist). Ohne Christus stellt auch die Welt Afrikas eine gegen ihn lebende Kreatürlichkeit dar. So muß ein Umbruch des Kollektivum (wie des Sippenverbandes) als auch des Individuum statthaben. Die Frage greift letztlich zurück auf die theologische Frage nach dem Verhältnis von Schöpfung und Erlösung. Das Bild der Brüdergemeine zeigt Gott als den „Schöpfer der Verbundenheit", wie eine christliche Gemeinschaft nicht ohne soziale Bindungen sein kann. Zinzendorf hat sie nicht gestaltet auf Grund inneren Erlebens (Trennung nach einem geistlichen Grad, etwa: Bekehrten und Unbekehrten), sondern aus sozialen Bindungen („Choridee", d. h. Trennung nach Alter und Stand). Mit Recht wird daher auch hervorgehoben, daß Christus zwar in unsere Welt eingeht, aber daß dieses sein Eingehen in die Welt nicht anders möglich war, als daß seine Fleischwerdung am Kreuze endete. Das Pfingstfest lehrt uns ferner die neue Gemeinde als eine Tat des heiligen Geistes verstehen; es wird dort nicht von Naturverbindungen gesprochen. Durch den Geist aber werden Naturordnungen zu neuen Formen geweckt; aber das ganze Leben hier auf der Erde steht unter dem Zeichen des „noch nicht". Erst die andere Zeit wird die Durchheiligung des volksorganischen Lebens in ihrer Endgestalt zeigen. Insofern bleibt die Frage nach dem Verhältnis von Schöpfung und Erlösung, die Frage nach dem „unsichtbaren Reich". So war auch das Thema formuliert worden.

7. Der geistige Weltkrieg.

Neben den Hauptreferaten und Sitzungen gingen noch viele Veranstaltungen und Sonderkonferenzen nebenher. So gab die Ostasien-Kommission, um nur eine Sondertagung zu nennen, tiefen Einblick in die Kämpfe um die Missionsschule in China. Der chinesische Staat ist in seiner Kulturpolitik religionsfeindlich eingestellt. Neueste Bestimmungen verbieten den Religionsunterricht überhaupt. „Zu religiösen Uebungen darf niemand verlockt werden", ist eine Formel, die jeglicher Dehnung fähig ist, um die Arbeit der Missionsschule schließlich unmöglich zu machen. Zur Zeit ist nur ein Abwarten möglich. Aber nicht nur in China wird ein Schulkampf geführt, es wird ein Weltkrieg um die Schule gekämpft. Und auch der Weltschulkampf ist nur ein Einzelfall in der allgemeinen Erscheinung der Säkularisierung und Nationalisierung aller Fragen. Die Mission wird wieder mehr als bisher daran erinnert, daß sie Pilgrim und Fremdling in der Welt ist, und nicht nur sie, sondern auch die sendende heimatliche Gemeinde desgleichen. Aber gerade angesichts der Erkenntnis, wie der Kampf um Christus ein Weltkampf geworden ist, innerhalb und außerhalb der christlichen Welt, eben in der ganzen Welt, sollte der Missionsruf Gottes an die alte Christenheit um so dringender erkannt werden. Es sei daher an den Schluß die Botschaft der Herrnhuter Tagung gesetzt:

„Die anläßlich der Missionswoche vom 13.—17. Oktober zur Beratung brennender Missionsfragen aus ganz Deutschland in großer Zahl nach Herrnhut entsandten Männer und Frauen richten an die gesamte deutsch-evangelische Christenheit den dringenden Ruf, die deutschen evangelischen Missionsgesellschaften zielbewußt und tatkräftig zu unterstützen. Mitten in der inneren und äußeren Not unseres eigenen Volkes dürfen wir die Zeichen der Zeit, da die Völker der Erde in Bewegung gebracht und einander so nahe gerückt sind wie nie zuvor, nicht übersehen. Vielmehr erkennen wir darin die uns von Gott gestellte Aufgabe, den Missionsbefehl des Herrn Christus im Geiste der Reformation mit Einsetzung aller Kraft zur Ausrichtung zu bringen."

P. Jasper-Bethel.

licher Stelle aus nicht behoben werden können. Die Flußregulierungen sollen beschleunigt, auf die Reichsregierung soll dahin eingewirkt werden, daß der Regierungsbezirk Frankfurt a. O. und ganz Schlesien in die Osthilfe einbezogen werden.

Ueber die Ausschußverhandlungen berichteten Abg. **Metzenthien** (D. Vp.) und Abg. **v. Stünzner-Karbe** (Dntl.). **Ein Regierungsvertreter** betonte, dem Oberpräsidenten von Breslau seien 60 000, dem Oberpräsidenten von Oppeln 30 000 Mark überwiesen worden. Das Staatsministerium werde auch Mittel für die Wiederherstellung der schwer beschädigten Wohnräume anweisen. Eine Beteiligung des Reiches an der Notstandsaktion sei zu erwägen. Wenn auch eine allgemeine Niederschlagung der alten Hochwasserkredite nicht erfolgen könne, so werde die Regierung doch auch diese Frage einer wohlwollenden Prüfung unterziehen.

Abg. **Simon-Neusalz** (Soz.) verwies auf die vorbeugenden Maßnahmen der letzten Jahre und befürwortete sofortige Hilfsmaßnahmen. Abg. **Wende-Winzig** (Dntl.) erklärte, die Landwirtschaft sei durch die diesjährigen Hochwasserschäden ganz besonders schwer betroffen, deshalb müßten die besonderen Fürsorgemaßnahmen in erster Linie der Landwirtschaft zugute kommen. Abg. **Kreker** (Ztr.) lenkte die Aufmerksamkeit gleichfalls auf die ungeheuren Verluste der Landwirtschaft hin. Die Aecker seien verschlammt, die Wiesen versandet. Die Hochwasserkatastrophe sei zum Teil auf Unterlassungen der Odersrombauverwaltung zurückzuführen. Abg. **Tunkel** (Komm.) polemisierte gegen die Regierung. Abg. **Pischke** (D. Vp.) sprach der Reichswehr seinen Dank für ihren Einsatz bei der Hochwasserkatastrophe aus und forderte Schutzmaßnahmen. Abg. Dr. **Ponfick** (Dt. Frakt.) betonte die Notwendigkeit möglichst rascher Hilfe unter möglichster Ausschaltung bürokratischer Engherzigkeit. Von den Zuschüssen werde wahrscheinlich sehr wenig zurückgezahlt werden. Abg. **Schmiljan** (Dem.) schilderte die Wirkungen der Katastrophe, vor allem auch im Kreise Löwenberg.

Abg. **Leonhardt** (Wirtschpart.) schilderte die Schäden, die das Kleingewerbe durch das Hochwasser erlitten habe und forderte, daß Pommern in die Hilfsaktion einbezogen werde.

Die Weiterberatung wurde zur Vornahme von

Abstimmungen

unterbrochen. Unter Ablehnung deutschnationaler Aenderungsanträge wurden die Durchführungsbestimmungen zur Gemeinde-Bier-, Getränke- und Bürgersteuer in zweiter Lesung angenommen und dazu ein Zentrumsantrag, der die Aufsichtsbehörde auch dann zur Anordnung der Einführung der neuen Steuern (mit Zustimmung der Beschlußbehörde) ermächtigt, wenn es das Ansteigen der Wohlfahrtslasten erforderlich macht.

Die dritte Lesung dieser Steuervorlagen soll am Donnerstag erfolgen.

Die Debatte dauerte bis nach 19 Uhr. Dann wurde das Ausschuß-Programm mit großer Mehrheit angenommen.

Donnerstag 11 Uhr dritte Lesung der Gemeindegetränkesteuer: Anträge über die Pädagogischen Akademien, Landwirtschafts-Anträge.

Abstimmungen im Reichsrat.

Gehaltskürzung in zweiter Lesung bewilligt. — Keine Vorverlegung des Termins.

Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats begannen unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Dietrich die zweite Lesung der Regierungsvorlagen zur Ausführung der Sanierung. Der Sitzung wohnte auch der bayrische Ministerpräsident Dr. Held bei. Anwesend waren ferner zahlreiche Minister der süddeutschen Staaten.

Die Vorlage über die Kürzung der Beamten- und Ruhegehälter um sechs Prozent wurde wiederum angenommen, so daß dieses Gesetz nun an die Vollversammlung zur Beschlußfassung weitergegeben werden konnte. Anträge auf Vorverlegung des Termins der Gehaltskürzung vom 1. April auf den 1. Januar 1931 wurden nicht gestellt.

Die Ausschüsse wandten sich dann den übrigen Gesetzen zu. Was die Aussichten der Regierungsvorlagen im Reichstag betrifft, hört man erneut davon, daß das Reichskabinett gewillt ist, gegebenenfalls das Gesetzgebungswerk durch Notverordnung in Kraft zu setzen.

Zwischenfälle in der Berliner Universität.

Räumung des Vorhofs durch Polizei. — Eine Erklärung des Rektors.

In der Berliner Universität kam es im Anschluß an Auseinandersetzungen zwischen politisch rechts- und links stehenden Studenten zu Zusammenstößen zwischen Polizei und nationalsozialistischen Studenten. Ihren Höhepunkt erreichten die Zwischenfälle, als die Polizei mit dem Gummiknüppel in der Hand den Vorhof der Universität räumte. Es wurden mehrere Zwangsgestellungen vorgenommen, auch sollen aus einer Studentengruppe heraus zwei Schüsse gefallen sein. Der Rektor der Universität veröffentlicht eine Erklärung, nach der die Polizei von ihm nicht herbeigerufen worden ist. In Verhandlung mit dem Kommandeur Heimannsberg habe er erreicht, daß sich in Zukunft Polizeiorgane nicht mehr auf den Hof des Universitätsgebäudes begeben und sich auch nicht in der unmittelbaren Nähe der Eingänge aufhalten.

Der Verrat des Musikmeisters.

Bekanntgabe der Urteilsbegründung. — Die deutsche Wehrmacht schwer geschädigt.

— Leipzig, 13. November.

Der Vorsitzende des 4. Strafsenats des Reichsgerichts gibt nunmehr die Begründung des Urteils bekannt, durch das Obermusikmeister Adam vom 6. Artillerieregiment in Minden zu zehn und seine Ehefrau zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Danach haben beide Verurteilte gegen Paragraph 1 des Spionagegesetzes verstoßen und gewußt, daß die Dokumente, die sie dem französischen Nachrichtendienst ausgeliefert haben, im Interesse der Landesverteidigung geheimzuhalten waren, ferner, daß sie durch ihre Handlungsweise die Sicherheit des Reiches gefährdet haben.

Es könne nicht anerkannt werden, daß Adam sich bei einem Gesamteinkommen von 9000 Mark in einer wirklichen Not befunden hätte. Beide Angeklagten hätten weit über ihre Verhältnisse gelebt. Besonders habe Frau Adam in der Kleinstadt Minden einen Kleiderluxus getrieben, der in schreiendem Mißverhältnis zum Unteroffiziersstand ihres Mannes stand. Der 50. Geburtstag Adams sei mit einer Opulenz gefeiert worden, die eine Schande für unsere Zeit allgemeiner wirtschaftlicher Not sei.

Nur ganz ungewöhnlicher Leichtsinn, größter Egoismus und die Sucht nach mühelosem Wohlleben habe die Angeklagten auf die Bahn zu ihrem verabscheuungswürdigen Verbrechen gebracht, einem Verbrechen, wie es für einen aktiven Soldaten kaum schwerer gedacht werden könne. Umfang und Art des dem französischen Spionagedienst übermittelten Materials sei ganz ungewöhnlich.

Der Wert gehe aus der Summe der gezahlten Spionagegelder in Höhe von 12 000 Mark hervor. Nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen sei die deutsche Wehrmacht erheblich geschädigt worden. Die Tat der Angeklagten grenze nahe an den Absatz 3 des Paragraph 1, nach dem auf lebenslängliche Zuchthausstrafe erkannt werden könne.

Das Ausmaß der Strafe habe auch unter dem Gesichtspunkt der Abschreckung festgesetzt werden müssen. Strafmildernd sei lediglich die vorherige gute Führung Adams. Das Geständnis könne nicht erheblich ins Gewicht fallen. Die Angeklagten hätten bereits Vorbereitungen getroffen, auch nach dem Abzug der Franzosen aus dem besetzten Gebiet die Verbindung aufrechtzuerhalten!

Neuer „Hochverrats"prozeß.

Gegen den Abgeordneten Graebe. — Eine haltlose Anklageschrift.

Vor dem polnischen Bezirksgericht in Bromberg begann — kurz vor den Wahlen — ein Prozeß gegen den früheren deutschen Sejm-Abgeordneten Graebe. Die Anklage stützt sich auf die Tätigkeit Graebes in dem von den Polen widerrechtlich aufgelösten Deutschtumsbund zur Wahrung der Minderheitenrechte während der Jahre 1920 bis 1923. Sie lautet auf „Abschwächung bezw. Behinderung der Ausführung der polnischen Gesetze von 1920", nach denen Eigentum und Vermögen derjenigen Deutschen in Polen eingezogen wurden, die nach dem Kriege für Deutschland optiert hatten, und weiter auf „Vorbereitung zum Hochverrat".

Die Haltlosigkeit der Anklage der polnischen Staatsanwaltschaft ist nach dem in Bromberg im April geführten Prozeß gegen die deutschen Jugendführer noch in frischer Erinnerung. Das angebliche Verbrechen des „Hochverrats" besteht darin, daß die Führer des Deutschtumsbundes, darunter auch Graebe, an ehemalige deutsche Kriegsteilnehmer die Kriegsdenkmünze des deutschen Kyffhäuser-Bundes verteilt hatten.

Man darf gespannt sein, ob die Polen zum zweiten Male auf Grund dieser haltlosen Anklagen einen Führer des Deutschtums verurteilen werden.

:: **Reichspräsident von Hindenburg** empfing den neuernannten columbianischen Gesandten Dr. Gomez sowie den Ministerresidenten von Haiti, Dr. Boncy zur Entgegennahme ihrer Beglaubigungsschreiben.

Verschiedenes.

Neuer Generalsuperintendent für Westfalen.

An Stelle des in den Ruhestand getretenen Generalsuperintendenten D. Zöllner wurde jetzt Superintendent Weirich aus Barmen zum Generalsuperintendenten der Provinz Westfalen gewählt.

*

Was ist das Nahrhafteste, das man für eine Mark kaufen kann?

Fünf Pfund grüne Bohnen? — oder sieben Eier? — oder ein Pfund Rindfleisch? Nein! — sondern zwei Pfund Roggenbrot und zwei Liter Milch! Die haben zusammen fast achtmal soviel Nährwert wie die Bohnen, die Eier oder das Fleisch. Die Milch ist ja so nahrhaft, nur — leider! — oft ziemlich schwer verdaulich. Deshalb trinkt man sie jetzt auch immer mit Kathreiner gemischt. So wird sie dreimal (!) leichter verdaut. Das haben unsere Ernährungsforscher nun endlich entdeckt. So kann jeder die Milch vertragen, und so schmeckt sie auch jedem. „Jeder sollte jeden Tag mindestens einen halben Liter Milch (mit Kathreiner gemischt) trinken", das — und noch vieles andere — haben wir diesen Sommer auf der Hygieneausstellung in Dresden gelernt.

*

Schwindel mit angeblicher Blindenware. Gegen die Bergische Blindengemeinschaft Solingen und deren Generalvertreter Neef, Dortmund, Brüderweg 60, ist vom Westfälischen Blindenverein e. V. bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Irreführung, Betrug und Wucher erstattet worden, weil von dieser Stelle in großzügiger Weise durch Hausierer von Haus zu Haus Seife, Zahnpasta und Sprüche angeblich als Blindenware oder zum Wohle der Blinden zu Wucherpreisen vertrieben werden. Die polizeiliche Auskunft ergab, daß Inhaber der Bergischen Blindengemeinschaft Solingen nur ein Blinder namens Teiwes, Solingen, ist. Der Generalvertreter Neef hat in Bochum, Hamm, Minden, Siegen usw. Untervertreter, die wiederum von sich aus Erwerbslose zum Verkauf der Waren einstellen. Gewinne bis zu 100 Prozent werden zugesichert. Ausweise, worauf nur der Name des Blinden Teiwes bescheinigt ist, sollen den Anschein amtlicher Ausweise erwecken. In allen Fällen bitten wir die Bürgerschaft, sofort die nächste Polizeistelle oder Ortsgruppe des Westfälischen Blindenvereins in Kenntnis zu setzen.

Bethel.

— Seinen **75. Geburtstag** feiert heute (Donnerstag) Herr Josef Speckart vom Dankort (Ephrata). Den alten Herrn, der sich immer noch nicht entschließen kann Feierabend von der Arbeit zu machen, herzlichen Gruß und Segenswunsch für die weitere Pilgerfahrt.

— **Christlicher Verein junger Männer!**

Heute Jungvolk-Abend, 8 Uhr.

Freitag 8½ Uhr Bibelstunde in Gosen. 1. Joh. 4, 1 ff.

Die noch nicht abgelieferten Beiträge für die „Bruderhilfe" werden erbeten.

— Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

Blaukreuzstunde.

Jeder ist herzlich eingeladen.

Missionsversammlung.

Am Freitag, den 14. November, findet abends 8 Uhr im Assapheum für alle Glieder unserer Gemeinde eine Missionsversammlung statt. Missionsinspektor Trittelvitz und Pastor Ronicke sprechen über das Thema:

Afrikas Dank und Bitte.

Pastor Kuhlo-Bielefeld hält das Schlußwort.

Anzeigen aus Bethel.

— Vom 15. November ab bleiben unsere Verkaufsräume auch am Sonnabend Nachmittag von 14 bis 19 Uhr wieder geöffnet.

Ophir, vereinigte Verkaufstellen der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Statt Karten.

Und wenn es köstlich gewesen ist,
so ist es Mühe und Arbeit gewesen.

Heute nahm Gott meine liebe, treue Frau, unsere geliebte Mutter

Helene von Lengerken
geb. Feldhausen

nach längerem Leiden in Frieden zu sich.

Johannes v. Lengerken
Else Blumenstein
Helene Kaiser
Paul Kaiser.

Bethel, den 12. November 1930.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 15. Nov. 1930 nachmittags 3 Uhr von der Zionskirche aus statt.

Gläubiger
Bäckergeselle
20 J., der mit allen Arbeiten in der Backstube und vor dem Ofen vertraut ist und in der Konditorei nicht unerf. ist, sucht sof. od. später Stellung. Gefl. Angeb. erb. an
Oskar Westphal
b. Bäckermeister L. Becker
Medebach (Westf.)

Bettfedern
Verlangen Sie Proben von Mertens weißen Daunenfedern, per Pfd. Mark 7.50, 6.50, 5.50
F. Mertens
Bielefeld

Der Wert einer Anzeige wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

Einige sehr gute, gebrauchte
Pianos
mit voller Garantie, und ein
Harmonium
besonders billig abzugeben.
FESTING
PIANOFORTEFABRIK

Ärztlich empfohlen **Pastor Felkes Magenstärker**
hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechtigte Herstellerin:
Firma Hermine Schmitz, Duisburg
Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Eisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., en jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

In jedem evangelischen Hause
mit Rundfunkanschluß muß das richtige Kursbuch durch die Sendeprogramme vorhanden sein. Die einzige auf evangelischer Grundlage aufgebaute Rundfunk-Programmzeitschrift ist
‚Der Rundfunkhörer'
Er bietet:
Ausführliche Programmübersicht aller Sender, orientierende Artikel, Unterhaltungsteil, Bastel- und Rätselecke, gute Bilder
Er kämpft:
Gegen Politisierung des Rundfunks
Für evangelischen Rundfunkwillen
Er kostet:
Reichsausgabe (48 Seiten stark) monatlich nur 90 Pfg. (zuzügl. 6 Pfg. Postbestellgeld)
Probeheft umsonst vom
Verlag Hamburg 1, Gr. Bäckerstraße 5—7
Jeder neue Bezieher stärkt die evang. Rundfunkfront